

Ungarn

Heiko Fürst

Im Dezember 2018 schoben sich protestierende Massen in Budapest durch die Medienberichterstattung Westeuropas. Ursache war die Verabschiedung eines neuen Arbeitszeitgesetzes, das die Anzahl möglicher Überstunden um 60 Prozent erhöhte, deren Bezahlung jedoch erst bis zu drei Jahre später verlangt. Die Demonstranten nahmen den als „Sklavengesetz“ bezeichneten Text zum Anlass, weiterreichende politische Forderungen aufzustellen. In Ungarn blieben die Proteste ungehört. Die meisten Medien berichteten nicht oder stellten die Demonstranten als von George Soros aus den Vereinigten Staaten von Amerika bezahlte Aktivisten dar. Zeitgleich verabschiedete die Regierung ein Gesetz zur Reform des Justizwesens. Die dort eingeführte neue Verwaltungsgerichtsbarkeit hat weit stärkere Auswirkungen auf die gesellschaftspolitische Konstitution Ungarns als das Arbeitszeitgesetz, blieb jedoch unterhalb des Radars der Proteste. Der Fall zeigt exemplarisch, wie die Hände der Regierung längst nicht nur sämtliche Instanzen des Staates umfassen, sondern auch in zivilgesellschaftliche Bereiche hineingreifen. Die Presse kann bereits als gleichgeschaltet bezeichnet werden. Derzeit konzentriert sich die Regierung auf die Wissenschaft. Die Opposition ist ebenso hilflos wie die Partner in der Europäischen Union.

Rechtsstaatsverfahren wegen Verletzung der Grundwerte

Nachdem im April 2018 der Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments massive Korruption und mangelnde Rechtsstaatlichkeit in Ungarn angeprangert hatte, schloss sich im Juni auch der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres an. Die niederländische Abgeordnete Judith Sargentini hatte einen Bericht vorgelegt, in dem sie „eine systematische Bedrohung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte in Ungarn und die eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der in Artikel 2 EUV genannten Werte“¹ konstatierte. Auch die weiteren mitberatenden Ausschüsse (zu konstitutionellen Fragen, zu Rechten der Frau und Gleichstellung der Geschlechter, zu Kultur und Bildung) hatten sich für Maßnahmen gegen Ungarn ausgesprochen. In der Abstimmung im Europäischen Parlament am 12. September 2018 sprachen sich 448 Abgeordnete für die Einleitung eines Rechtsstaatsverfahrens aus, 197 dagegen. 48 Abgeordnete enthielten sich ihrer Stimme. Das Parlament stellte damit – nach dem Tavares-Bericht aus dem Jahr 2013 – zum zweiten Mal die schwerwiegende Verletzung der Grundwerte durch Ungarn fest. Strittig war, ob bei der Abstimmung die erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht wurde. Die Parlamentsverwaltung zählt Enthaltungen nicht mit, bei deren Berücksichtigung die Mehrheit allerdings nicht erreicht worden wäre. Ungarns Ständiger Vertreter bei der Europäischen Union, Olivér Várhelyi, kündigte daher bereits im Vorfeld an, Ungarn werde das Ergebnis nicht anerkennen. Außenminister Péter Szijjártó sprach von

1 Europäisches Parlament: Berichtsentwurf des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres. Berichterstatterin: Judith Sargentini, 12.4.2018, Dok. 2017/2131(INL), S. 5.

„Wahlbetrug“.² Ungarn griff das Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof an.

Nach der Abstimmung erklärte der österreichische Ratsvorsitz, er werde sich mit Sanktionen gegen Ungarn befassen, ohne jedoch einen Zeitplan vorzulegen. Der Fidesz sah sich zu Unrecht beschuldigt. Die Partei behauptete, sie werde nur aufgrund ihrer Migrationspolitik an den Pranger gestellt und verurteilt, weil sie bewiesen habe, dass Migration gestoppt werden könne, und Ungarn kein Land von Einwanderern werden wolle.³ Auf ihrer Facebook-Seite veröffentlichte sie ein dramatisierendes Video mit dem Aufruf, Ungarn vor George Soros und seiner einwanderungsfreundlichen Mehrheit im Europäischen Parlament zu retten.⁴ Die oppositionelle, rechtsradikale Jobbik kritisierte das populistische Getöse, denn die Essenz des Sargentini-Berichts, nämlich Korruption und der Abbau von Demokratie und Rechtsstaat in Ungarn, seien nicht zu leugnen.⁵

Die Allmacht der Regierung

Nach Übernahme der Ratspräsidentschaft durch Rumänien und fehlender Fortschritte im Verfahren rief das Europäische Parlament Ende Januar 2019 den Rat der Europäischen Union (Rat) dazu auf, einen Zeitplan vorzulegen. Die Lage in Ungarn habe sich laut dem stellvertretenden Kommissionspräsidenten Frans Timmermans seit dem Sargentini-Bericht noch verschlechtert. Die Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses warnte, dass die Gewaltenteilung in Ungarn nicht mehr funktioniere und möglicherweise Kriminelle gedeckt werden.⁶ So identifizierte die europäische Antikorruptionsbehörde OLAF die missbräuchliche Verwendung von EU-Mitteln in konkret benannten Fällen. Trotz starker Evidenz leiteten Ungarns Strafverfolgungsbehörden kein Verfahren ein. Sie forderten nicht einmal die Unterlagen an. Ein Drittel der EU-Gelder versickert mutmaßlich illegal in Ungarn.⁷ Eine Kontrolle der Exekutive funktioniert nicht, die politische Opposition ist schwach und zerstritten. Justiz, Medien und Wissenschaft sind praktisch ausgeschaltet.

Im bereits umfassend umgestalteten und personell durch die Fidesz-Partei übernommenen Justizsystem schaffte die Regierung im Dezember 2018 eine neue Verwaltungsgerichtsbarkeit, in deren Kompetenz Fälle von Regierungshandeln wie Steuern und Wahlen fallen. Sie untersteht direkt der Aufsicht des Justizministers, der auch wesentliche Budget- und Ernennungsrechte der Richter ausübt.⁸ Dem bereits seit 2013 beschnittenen Verfassungsgericht⁹ wurde die Kompetenz, in haushaltsrelevanten Fragen zu urteilen, schon lange entzogen. Die Venedig-Kommission des Europarats kritisierte, die neue Verwaltungsgerichtsbarkeit konzentriere umfassende Macht ohne effektive Kontrolle in den Händen Weniger.¹⁰

2 Werner Mussler/Stephan Löwenstein: Die Parlamentsverwaltung zählt Enthaltungen nicht mit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.9.2018.

3 Eszter Zalan: EP triggers sanctions procedure, Hungary calls 'fraud', in: EUobserver, 12.9.2018.

4 Facebook-Seite der ungarischen Regierung, abrufbar unter: <https://www.facebook.com/kormanyzat/videos/2283864578525192/> (letzter Zugriff: 15.3.2019).

5 Tamás Tari: Exkluzív: Gyöngyösi a krynicaí Gazdasági Fórumon elárulta, hogy szavaz a Jobbik a Sargentini-jelentésről, 7.9.2018, abrufbar unter: https://alfahir.hu/2018/09/07/lengyelorszag_krynica_forum_jobbik_gyongyosi_marton_europai_unio_bevandorlas (letzter Zugriff: 19.6.2019)

6 Eszter Zalan: MEPs call on EU countries to deal with Hungary, in: EUobserver, 31.1.2019.

7 Zoltán Batka: Reagált az OLAF: fenntartja az Eliossal szembeni gyanút, in: Népszava, 8.11.2018.

8 EUobserver: Hungary votes to create new court overseen by government, 12.12.2018.

9 Siehe Heiko Fürst: Ungarn, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der europäischen Integration 2013, Baden-Baden 2013, S. 469–472.

Eine vierte Gewalt in Form einer kritischen Medienlandschaft existiert in Ungarn nicht mehr. Orbáns Mittelsmann Lőrinc Mészáros übergab sein gesamtes Medienimperium an die neugegründete Mitteleuropäische Presse- und Medienstiftung, in deren Kuratorium ehemalige und aktive Abgeordnete der Regierungspartei die Mehrheit haben.¹¹ Verbliebene Kritiker werden umgehend ausgeschaltet. Als die konservative und an sich regierungsfreundliche Zeitschrift *Századvég* in Heft 2/2018 eine Orbán-kritische Analyse druckte, wurden der Chefredakteur und die gesamte Redaktion umgehend ersetzt und die Ausgabe aus dem Internet gelöscht.¹²

Auch das Vorgehen gegen kritische Stimmen im Wissenschaftsbetrieb wurde fortgeführt. Nachdem der Weiterbetrieb der Central European University (CEU) mit einem eigens gegen sie geschaffenen Gesetz unterbunden werden sollte, gelang es der CEU, mit einem Kursangebot in New York die schikanierenden Anforderungen zu erfüllen. Dennoch verweigerte Ungarns Regierung den Abschluss des zusätzlich erforderlichen Staatsvertrags. Die CEU setzt ihren Lehrbetrieb daher ab dem Studienjahr 2019 in Wien fort.¹³ Die Regierung scheint jedoch nicht auf die CEU im Speziellen zu zielen, sondern auf die Autonomie der Wissenschaft im Gesamten. So wurde zum einen die Beschneidung unliebsamer Lehrinhalte fortgesetzt. Per Regierungserlass entzog der Fidesz der Fachrichtung Gender Studies im August die Zulassung. Orbáns Stellvertreter Zsolt Semjén kommentierte, Gender Studies seien keine Wissenschaft, sondern Ideologie, da Geschlechter biologische Tatsachen seien.¹⁴ Bereits in Orbáns letzter Legislaturperiode war der Versuch unternommen worden, Einfluss auf gesellschaftswissenschaftliche Studiengänge zu nehmen.¹⁵ Zum anderen schafft sich die Regierung zunehmend die Option, steuernd in die verbliebenen Angebote einzugreifen. So wird die wirtschaftswissenschaftliche Corvinus Universität über eine staatliche Stiftung direkt dem Minister für Innovation und Technologie, László Palkovics, unterstellt. Weitere Universitäten sollen folgen.¹⁶

Der Ungarischen Akademie der Wissenschaften wurde im Sommer 2018 eröffnet, dass die Grundfinanzierung künftig gemäß Kriterien des Ministeriums verteilt werde und Gelder für Forschungsprojekte, die bisher an die Akademie gingen, in einen Budgettopf kämen, auf den sich auch universitäre Institute bewerben könnten. Die Akademie und der Europäische Akademiebund ALLEA protestierten.¹⁷ Im Juni 2019 brachte die Regierung das Gesetz ins Parlament ein: Die 15 Forschungsinstitute werden aus der Akademie aus- und in ein staatliches Forschungsnetzwerk (Eötvös Lóránd Kutatói Hálózat) eingegliedert. Dessen Vorstand wird je zur Hälfte von der Akademie und dem Ministerium besetzt. Die Leitung wird durch die Regierung bestimmt. Grundlegende Forschungsleitlinien werden von einem neu zu gründenden Nationalen Wissenschaftspolitischen Rat entwickelt.

10 European Commission for Democracy Through Law: Hungary. Opinion on the law on administrative courts and on the law on the entry into force of the law on administrative courts and certain transitional rules, 19.3.2019, Opinion 943/2018, S. 25; Vgl. hierzu auch den Beitrag „Die Europäische Union und der Europarat“ in diesem Jahrbuch.

11 Kornélia R. Kiss: Auf Orbán-Linie, in: *Tagesspiegel*, 4.12.2018.

12 Boris Kálnoky: Orbáns Kampf gegen die Bürgerlichen, in: *Welt kompakt*, 28.9.2018.

13 Judith Langowski: Aus einem EU-Staat vertrieben, in: *Tagesspiegel*, 6.12.2018.

14 Tamás Botos: Semjén Zsolt: Senki nem akar genderológust foglalkoztatni, következőképpen képezni sem kell, 14.8.2018, abrufbar unter: <https://444.hu/2018/08/14/semjen-zsolt-senki-nem-akar-gengerologust-fo-glalkoztatni-kovetkezeskeppen-kepezni-sem-kell> (letzter Zugriff: 20.3.2019)

15 Siehe Heiko Fürst: Ungarn, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 2015*, Baden-Baden 2015, S. 503–506.

16 Judith Langowski: Für freie Universitäten in Ungarn, in: *Tagesspiegel*, 28.11.2018.

17 Judith Langowski: Forscher gegen Orbán, in: *Tagesspiegel*, 21.2.2019.

Diesem steht Minister Palkovics selbst vor. Er ernennt auch alle Mitglieder. Das Gesetz soll am 1. August 2019 in Kraft treten.¹⁸

EVP-Ausschlussverfahren und die Europawahlen

Im Vorfeld der Europawahlen startete Ungarns Regierung eine Schmierkampagne gegen Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, der demnach Ungarns Sicherheit durch die Zwangsansiedlung von Flüchtlingen gefährde. Landesweit waren Plakate zu sehen, auf denen Juncker und im Hintergrund, als Strippenzieher, George Soros abgebildet waren. Der Text lautete: „Auch Sie haben ein Recht zu erfahren, was Brüssel vorbereitet“. Hatte die Europäische Volkspartei (EVP) Ungarn bis dahin gedeckt, beschloss sie infolgedessen im November 2018 auf ihrem Kongress in Helsinki eine Resolution mit dem Titel „Protecting EU Values and Safeguarding Democracy“. Im März beantragten 13 Mitglieder den Ausschluss von Fidesz.¹⁹ Jean-Claude Juncker legte dar, es gebe „zwischen Herrn Orbán und mir überhaupt keine Schnittmenge. Wieso soll er in einer Partei bleiben, in der ich auch bin?“²⁰ Bei einem Besuch des EVP-Spitzenkandidaten Manfred Weber in Budapest forderte Orbáns Zentralorgan Magyar Nemzet zur Bildung neuer Koalitionen und zum Austritt aus der EVP auf.²¹ Für seine Aussage, Kritiker in der EVP seien „nützliche Idioten der Linken“ entschuldigte Orbán sich später.²² Die Plakate gegen Juncker ließ Orbán überkleben, kündigte aber eine neue Kampagne gegen Frans Timmermans an. Am 20. März 2019 entzog die EVP mit 190 zu 3 Stimmen der Fidesz-Partei die Mitgliedsrechte, schloss die Partei aber nicht aus. Gleichzeitig richtete sie eine Kommission zur Beobachtung des Fidesz ein.²³ Daraufhin empfing Orbán im Mai 2019 Matteo Salvini in Budapest und stellte einen Beitritt zu seinem europakritischen Bündnis in Aussicht.

Bei der Europawahl am 26. Mai 2019 gewann Fidesz 52,6 Prozent der Stimmen, gefolgt von der Demokratischen Koalition (16,1 Prozent) und der vergleichsweise neuen Momentum (9,9 Prozent). Die bisher stärkste Oppositionskraft Jobbik erhielt nur 6,3 Prozent.²⁴ Mit diesem Wahlerfolg drängte Ungarns Regierung auf mehr Einfluss in der EVP. Die Drohung, sich Salvinis Bündnis anzuschließen, setzte sie bislang nicht um.

Weiterführende Literatur

Renáta Úitz: An Advanced Course in Court Packing: Hungary's New Law on Administrative Courts, Verfassungsblog, 2.1.2019, abrufbar unter: <https://verfassungsblog.de/an-advanced-course-in-court-packing-hungary-new-law-on-administrative-courts/> (letzter Zugriff: 7.7.2019)

Aron Buzogány/Mihai Varga: Against „post-communism“. The conservative dawn in Hungary, in: Katharina Bluhm/Mihai Varga (Hrsg.): *New conservatives in Russia and East Central Europe*, London/New York 2019, S. 70–86.

18 Ádám Kolozsi: A kormány augusztus elsején államosítaná a magyar tudományt, abrufbar unter: https://index.hu/techtud/2019/05/28/a_kormany_augusztus_elsejen_allamositja_a_magyar_tudomanyt/ (letzter Zugriff: 19.6.2019).

19 Eszter Zalan: Centre-right EPP faces showdown with Orbán, in: *EUobserver*, 21.3.2019.

20 Jean-Claude Juncker in: *Deutschlandfunk: Informationen am Morgen*, 7.3.2019.

21 Magyar Nemzet: Új szövetséget!, 7.3.2019. Nach Einstellung der Zeitung Magyar Nemzet im Jahr 2018 erscheint seit 6.2.2019 die auf Fidesz-Kurs getrimmte Tageszeitung Magyar Idők unter diesem Namen.

22 Eszter Zalan: Orbán says 'sorry', EPP says 'not enough', in: *EUobserver*, 14.3.2019.

23 Eszter Zalan: EPP suspends Orbán's Fidesz party, in: *EUobserver*, 21.3.2019.

24 Európai parlamenti képviselők választása 2019, abrufbar unter: <https://www.valasztas.hu/ep2019> (letzter Zugriff: 19.6.2019)